

MITGLIEDER- VERSAMMLUNG SP FRAUEN* SCHWEIZ

27. Januar 2018

12.00 bis ca. 15.00 Uhr

Aula, BFF Bern

(Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule, Monbijoustrasse 21)

Eingang zur Aula an der

Kapellenstrasse 1

3011 Bern



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

Liebe Genossinnen

Wir laden euch herzlich zur ersten Mitgliederversammlung im Jahr 2018 ein. Sie findet am Samstag, 27. Januar, um 12.00 bis ca. 15.00 Uhr in der Aula der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern statt. Das inhaltliche Haupttraktandum dieser Versammlung wird die Diskussion und unsere Positionierung zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» (Burka-Initiative) sein. Im Weiteren werden wir noch die Parole zur NoBillag-Initiative fassen.

Anträge an die Mitgliederversammlung sind bis spätestens Montag, 8. Januar um 12 Uhr dem Zentralsekretariat zuzustellen (gabriela.rothenfluh@spschweiz.ch).

Am Ende dieses grossartigen Jubiläumsjahres möchten wir uns bei euch bedanken. Es war schön, euch an den verschiedenen Anlässen zu treffen, mit euch zu diskutieren und zu feiern. Wir freuen uns, dass ihr Frauen* in den Kantonen aktiv seid und uns in unserer Arbeit unterstützt.

Nun wünschen wir euch frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr und freuen uns, viele von euch auch im neuen Jahr wieder in Bern zu treffen.

Natascha Wey und Martine Docourt

Co-Präsidentinnen



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

TRAKTANDENLISTE DER MITGLIEDER-VER- SAMMLUNG VOM 27. JANUAR 2018 IN BERN

- 12.00**
- 1. Eröffnungsgeschäfte**
 - 2. Protokoll der MV vom 02. September 2017**
 - 3. Mitteilungen**
 - Jahresprogramm 2018
 - Info Arbeitsgruppen
 - 4. Rede Co-Präsidentinnen**
 - 5. Information zur Lohntransparenz**
 - 6. Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» (Burka-Initiative)**
 - Vorstellung Initiative
 - Diskussion
 - Parolenfassung
 - 7. Parolen-Fassung NoBillag**
 - 8. Varia**
- 15.00**
- 9. Schluss, Apéro**



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

PRAKTISCHE HINWEISE

Zeit & Ort

Die Mitgliederversammlung der SP Frauen* Schweiz findet am Samstag, 27. Januar 2018, 12.00 bis ca. 15.00 Uhr in der Aula der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern statt. **Der Eingang zur Aula befindet sich an der Kapellenstrasse 1, K1. (siehe Karte unten)**

Verpflegung

Leider gibt es an Samstagen an der BFF Bern die Möglichkeit zur Verpflegung nicht. Getränke und weitere Verpflegung muss daher selber mitgebracht werden.

Stimmkarte

Die Stimmkarten werden den Mitgliedern verteilt, wenn sie die Präsenzliste unterschreiben.

Fristen und Anträge

Anträge müssen bis am Montag, **08. Januar 2018 um 12 Uhr** schriftlich beim Zentralsekretariat eingereicht werden.

Empfehlungen der Geschäftsleitung, Schlussdokumentation

Die Schlussdokumentation mit den Stellungnahmen der GL zu den eingegangenen Anträgen und allfällige weitere Unterlagen **Montag, 22. Januar, ab 18 Uhr** im Internet veröffentlicht (<http://sp-frauen.ch/de/mitgliederversammlung>). Tischvorlagen werden nicht mehr verteilt. Bitte ausdrucken, wenn Papierexemplar gewünscht ist.

Eröffnungsgeschäfte

Unmittelbar nach der Eröffnung wählt die Mitgliederversammlung die Stimmenzählerinnen.

Rednerinnen-Liste

Diskussionsrednerinnen melden sich beim Kongresssekretariat **mit einem Wortmeldezettel**. Jede Rednerin kann zur gleichen Sache das Wort ein zweites Mal verlangen. Rednerinnen, welche noch nicht gesprochen haben, haben den Vorrang. Ein drittes Votum zur gleichen Sache kann nur mit Zustimmung der Versammlung erfolgen. Ordnungsanträge können jederzeit eingebracht werden.

Ordnungsanträge, Anträge auf Redezeitkürzung, Schluss der Rednerinnenliste und der Debatte

Ordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Anträge auf Redezeitverkürzung, Schluss der Rednerinnenliste und solche auf Schluss der Debatte sind als Ordnungsanträge zu behandeln. Vor der Abstimmung wird die Liste der noch gemeldeten Rednerinnen bekannt gegeben. Wird Schluss der Rednerinnenliste beschlossen, so erhalten nur noch die angemeldeten Rednerinnen das Wort.

Ausmehrung

Für Abstimmungen gilt das einfache Mehr. Bei Stimmgleichheit gibt die Vorsitzende den Stichentscheid.

Die Vorsitzende lässt die Stimmen auszählen, wenn die Mehrheit nicht eindeutig auszumachen ist oder wenn die Auszählung aus der Mitte der Versammlung verlangt wird.

Verhandlungsführung

Die Vorsitzende wacht darüber, dass die Verhandlungen ruhig und sachlich geführt werden. Sie ruft unsachliche Rednerinnen zur Ordnung. Wer absichtlich die Verhandlungen stört, kann nach



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

zweimaligem Ordnungsruf auf Antrag der Vorsitzenden durch Versammlungsbeschluss aus dem Saal gewiesen werden.

Sprachen

Jede Rednerin kann sich der französischen oder deutschen Sprache bedienen. Referate und Voten werden simultan auf Französisch und Deutsch übersetzt.

Beschlussprotokoll

Über die Verhandlungen der Mitgliederversammlung wird ein Beschlussprotokoll geführt.





SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

TRAKTANDUM 3: MITTEILUNGEN

JAHRESPROGRAMM 2018

Versammlungen der SP Frauen* Schweiz:

02. Juni 2018 GV

15. September 2018 MV

Aktionstage:

08. März Frauentag

14. Juni Frauenstreiktag

25. November bis 10. Dezember „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“

NEUE ARBEITSGRUPPEN

Die GL hat entschieden, vier neue Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen. Zwei der AGs (Sozialisierung und Gewalt gegen Frauen) sind längerfristig ausgerichtet und müssen nicht zwingend in den nächsten Monaten sichtbare Resultate vorweisen. Die beiden anderen AGs (Lohngleichheit und Stärkung der Frauen in der Politik) müssen möglichst rasch aktiv und produktiv werden, weil Lohngleichheit derzeit im nationalen Parlament ein Thema ist, resp. die Wahlen 2019 schon bald anstehen.

An der MV besteht die Möglichkeit beim Apéro mehr über die Arbeitsgruppen zu erfahren. Dort kann man sich auch direkt bei den Verantwortlichen für die Mitarbeit in den einzelnen AGs einschreiben. Alle, die nicht an die MV kommen können, jedoch gerne mitarbeiten möchten, können sich bei der Zentralsekretärin Gabriela Rothenfluh (gabriela.rothenfluh@spschweiz.ch) melden.

Hier ist zudem eine kurze Information zu den AGs:

AG Sozialisierung (Verantwortliche: Elena Flach):

Die AG Sozialisierung bearbeitet unterschiedliche Themen, die das Zusammenleben in einer Gesellschaft genauer durchleuchtet und das Bewusstsein schaffen möchte, dass die Aufrechterhaltung von bestehenden Strukturen bereits in der Familie seinen Anfang nimmt. (Gleichberechtigung beginnt in der Kinderstube).

AG Gewalt gegen Frauen (Verantwortliche: Min Li Marti):

Grundlage dieser AG wird die Istanbul-Konvention, resp. vor allem deren Umsetzung sowie CEDAW sein. Es geht darum, die Gewalt an Frauen zu thematisieren, aber auch Lösungen



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

zu fordern, wie diese Gewalt verhindert werden kann. Aufgabe der AG ist auch, für die Kampagne im November «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» eine kleine Kampagne zu entwickeln.

AG Lohngleichheit (Verantwortliche: Natascha Wey):

Obwohl die Lohngleichheit in der Verfassung steht, ist sie nach wie vor nicht umgesetzt. Zwar diskutiert das Parlament dieses Jahr die Vorlage zur Lohntransparenz, einen riesigen Schritt vorwärts kommen wir damit trotzdem nicht. Was also können wir tun, dass Frauen endlich gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten? Wie können wir unsere Forderungen sichtbarer machen. Was ist überhaupt gemeint, wenn wir von Lohndifferenz sprechen? Welche Instrumente gibt es bereits und was läuft in anderen Ländern? Arbeite mit uns mit in der AG Lohngleichheit und hilf mit, dass wir diese leidige Forderung endlich ad acta legen können.

AG Stärkung der Frauen* in der Politik (Verantwortliche: Martine Docourt):

Das von der Delegiertenversammlung verabschiedete Manifest für eine feministische Sozialdemokratie verlangt die Präsenz der Frauen* auf den allen institutionellen und politischen Ebenen, um uns einer paritätische Gesellschaft anzunähern. Die SP Frauen* Schweiz wollen Frauen sensibilisieren und motivieren um in der Politik mitzumachen und Fuss zu fassen. In diesem Sinne wird sich die AG «Stärkung der Frauen* in der Politik» konstituieren und in Zusammenarbeit mit den kantonalen Sektionen die nationalen Wahlen vorbereiten. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt wird die Quotenfrage und die auch die Rolle der Frauen* in der SP sein.



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

TRAKTANDUM 5

INFORMATIONEN ZUR LOHNTRANSPARENZ

Derzeit wird in der Ständeratskommission WBK-S eine Vorlage zur Änderung im zum Gleichstellungsgesetz, welche bezüglich Lohngleichheit mehr Transparenz schaffen sollte, behandelt. An der MV soll seitens der GL eine kurze Information zu diesem Geschäft stattfinden (geplante Aktionen?, weitergehende Forderungen, etc.)

Details zum Geschäft findet ihr unter folgendem Link:

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/5507.pdf>



SP Frauen* Schweiz
Femmes* socialistes suisses
Donne* socialiste svizzere

TRAKTANDUM 6

VOLKSINITIATIVE „JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT“ (BURKA-INITIATIVE)

Argumente und Informationen gegen die Initiative findet ihr unter folgendem Link:

<https://www.operation-libero.ch/de/kleiderfreiheit>

Wer sich über die Initianten und die Initiative ein Bild machen will, kann dies unter der Initiativ-Seite unter folgendem Link machen:

<http://www.verhuellungsverbot.ch/>

Die GL hat sich entschieden, keine Resolution zu verfassen.

An der MV werden mit Elham Manea eine Befürworterin und mit Alime Köseciogullari eine Gegnerin der Initiative das Wort haben. Mit je einem kurzen Referat legen sie dar, wieso sie die Initiative befürworten, respektive ablehnen.

Nationalrätin Nadine Masshardt, wird anschliessend kurz den geplanten Gegenvorschlag der SP Fraktion erläutern.

Antrag der Geschäftsleitung: Ablehnung der Initiative



TRAKTANDUM 7

PAROLEN FASSUNG NoBILLAG

NEIN zur No Billag-Initiative

Eine vierte Gewalt mit einem unabhängigen und vielfältigen Radio- und Fernsehangebot ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Bei Annahme der Initiative muss nicht nur die SRG den Betrieb einstellen, auch 35 regionalen Radio- und TV-Stationen droht das Aus. Gerade in der Schweiz, wo die Bürgerinnen und Bürger mehrmals pro Jahr über teils komplexe Vorlagen befinden und wo die sprachliche und geographische Vielfalt gross ist, wäre das verheerend.

Medien-Monopoly für Reiche und Mächtige

Bei einer Annahme drohen italienische oder amerikanische Verhältnisse mit politisch gesteuerter Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung. Die Radio- und Fernsehkonzessionen müssten an den Meistbietenden versteigert werden. Kriterien wie Service Public, Demokratie oder Vielfalt spielten dabei keine Rolle. Gerade in der Schweiz, wo die Bürgerinnen und Bürger mehrmals pro Jahr über wichtige und teils komplexe Abstimmungsvorlagen zu befinden haben, wäre das verheerend. Die Medien als vierte Gewalt können ohne öffentliche Medienhäuser mit Service public-Auftrag nicht unabhängig funktionieren.

Kommerz statt Qualität

Nebst Milliarden mit politischem Programm würden rein kommerzielle Anbieter aus dem In- und Ausland die Lücke füllen. Diese richten sich naturgemäss einzig nach der Quote. Information, Kultur und Bildung lassen sich aber über den kleinen Schweizer Markt nicht finanzieren. Ohne Gebühren und Leistungsauftrag entfielen für die SRG auch die Verpflichtung, bezüglich journalistischer Arbeit eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Die Abschaffung der unabhängigen Beschwerdeinstanz hätte zudem zur Folge, dass von Seiten der Nutzerinnen und Nutzer gegenüber Medien keine Ansprüche und keine Rechte mehr geltend gemacht werden können.

Verlust der regionalen Vielfalt

13 Regional-TVs sowie 22 Regionalradios senden heute auch dank Gebührengeldern, ihnen allen droht bei einem Ja das Aus. Besonders bitter wäre dies für Randregionen, in denen ein kostendeckender Betrieb ohne Gebühren schlicht nicht finanzierbar ist. Denn die extrem kleinräumigen lokalen Märkte sind viel zu klein, um ein vergleichbares Angebot zu finanzieren. Zuschauerinnen und Zuschauer sähen sich gezwungen, auf ausländische Angebote auszuweichen, was Gift wäre für den Zusammenhalt in der Schweiz.

Höhere Kosten für weniger Inhalt

365 Franken pro Jahr bezahlt künftig jeder Haushalt für die SRG-Angebote in vier Landessprachen und für 35 Regionalsender. Ein vergleichbares Programm «à la carte» von Privaten wäre viel teurer. Bereits ein Pay-TV-Jahresabonnement nur für Sport – zum Beispiel um Roger Federer spielen zu sehen – ist teurer als die heutigen Rundfunkgebühren. Ein Wechsel von der Gebührenfinanzierung hin zu kostenpflichtigen Abonnementen würde höhere Kosten für weniger Inhalt bedeuten.

Antrag Geschäftsleitung: Ablehnung der NoBillag-Initiative